



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 080-2024
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2024.RRGR.102

Eingereicht am: 14.03.2024

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Ruch (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Aktionsplan gegen Antisemitismus

Dem Regierungsrat wird folgender Prüfungsauftrag erteilt:

1. Es ist aufzulisten, mit welchen konkreten Massnahmen der Kanton Bern heute spezifisch gegen Antisemitismus vorgeht und mit welchen Partnern er dabei zusammenarbeitet.
2. Es ist zu prüfen, ob und wie eine Meldestelle für antisemitische Vorfälle eingerichtet werden könnte und wie eine solche ausgestaltet werden könnte.
3. Es ist in Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden Bern und Biel sowie Stellen, die zum Thema arbeiten (z. B. GRA, GGGfon, NCBI, Fachstelle gegen Rassismus der Stadt Bern), abzuklären, welche zusätzliche Massnahmen gegen Antisemitismus zielführend wären

Begründung:

Jüdische Gemeinden, die jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina und der SIG berichten über die Zunahme von antisemitischen Vorfällen, zunächst im Zusammenhang mit rechtsextremen Verschwörungstheorien rund um die Corona-Pandemie, jetzt, seit den Terrorangriffen der Hamas auf Menschen in Israel am 7. Oktober 2024 und dem darauffolgenden, teilweise völkerrechtswidrigen Krieg in Gaza.

Die Auseinandersetzungen um die Universität Bern, die Sanktionen gegen baba news, die Vorwürfe gegen die Berner Schulen sowie verschiedene Aussagen von Exponentinnen und Exponenten aller Couleur haben vor allem eins gezeigt: Es fehlt an Auseinandersetzung mit Antisemitismus, viele Personen sind offenbar nicht in der Lage, antisemitische Denkfiguren zu erken-

nen und zu verurteilen. Diese fehlende Auseinandersetzung führt zu unreflektierten und problematischen Aussagen im Zusammenhang mit an sich legitimer Kritik an der israelischen Politik. Darüber hinaus erleichtert sie auch die Instrumentalisierung von Antisemitismus durch rechte, oft antimuslimische Kreise.

Es ist daher notwendig, dass der Kanton eine Bestandsaufnahme macht, zusammenträgt, welche Massnahmen, Programme, Module gegen Antisemitismus bereits heute bestehen, klärt, ob und wie diese besucht und angewendet werden und ob sie noch zeitgemäss sind. Ausserdem soll der Kanton auch aktiv auf die jüdischen Gemeinden sowie Fachorganisationen/Fachstellen im Zusammenhang mit Antisemitismus zugehen und abfragen, welche Massnahmen sinnvoll und gewünscht wären, sei es rund um Bildung oder auch in der Sichtbarmachung von antisemitischen Vorfällen, z. B. mit einer Meldestelle/einem Meldetool.

Verteiler

– Grosser Rat